

## Die Weimarer Nationalversammlung und ihre vergessene Vorgeschichte

Jochen Staadt

Es hat 100 Jahre gedauert, bis die Bedeutung der Weimarer Nationalversammlung für die Demokratie in Deutschland in angemessener Weise gewürdigt wurde und von höchster Stelle zu einem Bestandteil des kulturellen Gedächtnisses der Bundesrepublik erklärt worden ist. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier erinnerte in seiner Ansprache anlässlich des Festaktes „100 Jahre Weimarer Reichsverfassung“ daran, daß bei einer Wahlbeteiligung von 83 Prozent drei Viertel der Stimmen für jene Parteien, die für die parlamentarische Republik eintraten, abgegeben wurden. „Die Wahl zur Nationalversammlung war der Aufbruch zur Demokratie“, sagte Steinmeier, und: Wir sollten die Weimarer Republik nicht länger nur von ihrem Ende her betrachten. Sie war mehr als nur die Vorgeschichte des Nationalsozialismus, und sie war keine Einbahnstraße in die Barbarei. Der Ausgang des demokratischen Experiments, das am 9. November begann, war offen. Ja, die Weimarer Demokratie hatte ihre Chance! Und diese Chance verdankte sie vor allem ihrer Verfassung. Diese Weimarer Verfassung machte das Deutsche Reich zur Republik und das Volk zum Souverän. Sie verbrieft die Freiheit des Einzelnen und sie entwarf, inmitten der Nachkriegsnot, die Vision einer besseren, gerechteren Gesellschaft.“

Das Gegenprogramm zum Festakt „100 Jahre Weimarer Reichsverfassung“ veranstaltete die Linkspartei am 13. Januar 2019 in Berlin mit ihrer "Luxemburg-Liebknecht-Ehrung 2019".



Foto: Lutz Baumann

Parteichef Riexinger erklärte im Vorfeld der Gedenkveranstaltung, Rosa Luxemburg sei „die wichtigste Theoretikerin zu Beginn des 20. Jahrhunderts bis zu ihrem Tod“ und Sarah Wagenknecht meinte, „sie war eine leidenschaftliche Kämpferin für Frieden und soziale Gerechtigkeit, eine kluge und sprachgewaltige Theoretikerin des Kapitalismus und außerdem eine einfühlsame Frau, die das Leben, die Natur und die Men-

schen sehr geliebt hat.“ Zu DDR-Zeiten nutzte die SED die alljährlichen „Liebknecht-Luxemburg-Ehrungen“, um die Weimarer Republik als Ergebnis einer Konterrevolution und Machwerk des deutschen Imperialismus zu diffamieren. So ähnlich sehen etliche der diesjährigen Kundgebungsteilnehmer auch die heutige parlamentarische Demokratie. In seiner Würdigung der Weimarer Nationalversammlung erwähnte Steinmeier die von Anfang an bestehende Republikfeindschaft von linker und rechter Seite. Er vergaß allerdings darauf hinzuweisen, daß die am 15. und 16. Dezember 1918 im Berliner preußischen Landtag zusammengetretene Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte die Entscheidung für die Einberufung der Weimarer Nationalversammlung zu verdanken war. Auch diese Entscheidung für die verfassungsgebende Nationalversamm-

lung war eine Sternstunde der Demokratieggeschichte in Deutschland. Die Räte delegierten aus ganz Deutschland hatten mit überwältigender Mehrheit die sofortige Einberufung eines allgemein und frei gewählten Parlamentes beschlossen und die von der radikalen Linken geforderte sozialistische Räterepublik abgelehnt. Rosa Luxemburg beschimpfte die Arbeiter- und Soldatenräte daraufhin als „Eberts Mamelucken“, und rief dazu auf, die Entscheidung für den parlamentarischen Weg als „null und nichtig“ zu erklären. Die Räte im Reichsgebiet taten das jedoch nicht, weil sie, wie es



Foto: Lutz Baumann

damals hieß, keine russischen Verhältnisse wollten. Angesichts einer solch breiten Ablehnung ihres Revolutionsprogramms hätte Rosa Luxemburg eigentlich die demokratische Mehrheitsentscheidung akzeptieren müssen. Das Gegenteil trat ein.

Im Januar 1919 stürzten sich Luxemburg, Liebknecht, Wilhem Pieck und die radikale Linke in eine aussichtslose Entscheidungsschlacht, in einen bewaffneten Aufstand gegen die sozialdemokratische Regierung der Volksbeauftragten um Friedrich Ebert. Luxemburg feuerte am 7. Januar 1919 in der „Roten Fahne“ die linksradikalen Putschisten mit den Worten an: „Die Gegenrevolution entwaffnen, die Massen bewaffnen, alle Machtpositionen besetzen. Rasch handeln! Die Revolution verpflichtet.“ Der Sinn dieses Aufrufes war wohlgerneht die Verhinderung der von der Mehrheitssozialdemokratie bereits ausgerufenen parlamentarischen Republik. Was Luxemburg dagegen wollte und wofür sie in der KPD-Zeitung „Rote Fahne“ agitierte, war die „Aufrichtung der sozialistischen Diktatur“. Von der „Freiheit der Andersdenkenden“ war bei nun ihr im praktischen Revolutionsgemenge nicht mehr die Rede. Als der Spartakusputsch gescheitert war, lieferte Luxemburg eine Woche später, am 14. Januar 1919 dafür auch noch die nachträgliche Legitimation: Die Revolution sei eben die einzige Form des Krieges, „wo der Endsieg nur durch eine Reihe von ‚Niederlagen‘ vorbereitet werden“ könne schrieb sie und: „Der ganze Weg des Sozialismus ist - soweit revolutionäre Kämpfe in Betracht kommen - mit lauter Niederlagen besät. Und doch führt diese selbe Geschichte Schritt um Schritt unaufhaltsam zum endgültigen Sieg“.

Die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht war ein Verbrechen. Doch heiligt das furchtbare Ende der beiden Kommunisten nicht nachträglich die Mittel, mit denen entgegen dem artikulierten Willen der Bevölkerungsmehrheit in Deutschland die Diktatur des Proletariats herbei geputst werden sollte. Die aktuelle Luxemburg-Verehrung möchte diesen Irrweg ihrer Säulenheiligen aus dem historischen Gedächtnis eliminieren. Caroline Fetscher verstieg sich am 15. Januar 2019 im *Tagespiegel* zu folgendem Deutungsangebot: „Bergwöhnt, angefeindet wurde Rosa Luxemburg, ähnlich wie später Hannah Arendt, von rechts wie von links. Für die Rechten war sie unerträglich sozial, sozialistisch human, für die Linken zu wenig radikal, zu tolerant und undogmatisch. Exakt wegen dieser Qualitäten werden die beiden antitotalitären Denkerinnen inzwischen rehabilitiert. Was wären Luxemburgs wie Arendts Lehren für die Gegenwart,

für die anbrechende neoliberal-digitale Ära? Im Kern das: Nur wo Menschlichkeit nicht denunziert wird, entstehen solidarische Gesellschaften und nur damit gute Demokratien.“ So für den Hausgebrauch glattgebügelt hat man das noch nie gelesen. Rosa Luxemburg hat sich, trotz aller Detailkritik am Vorgehen der Bolschewiki, am Ende in hymnischen Tönen zu ihnen bekannt. Im selben erst nach ihrem Tod veröffentlichten Text „Zur russischen Revolution“, in dem sie die „Freiheit der Andersdenkenden“ reklamierte heißt es am Ende über das „Wesentliche und Bleibende“ der bolschewistischen Politik, es sei „das unsterbliche geschichtliche Verdienst, mit der Eroberung der politischen Gewalt und der praktischen Problemstellung der Verwirklichung des Sozialismus dem internationalen Proletariat vorangegangen zu sein und die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit in der ganzen Welt mächtig vorangetrieben zu haben. In Rußland konnte das Problem nur gestellt werden. Es konnte nicht in Rußland gelöst werden, es kann nur international gelöst werden. Und in diesem Sinne gehört die Zukunft überall dem ‚Bolschewismus‘.“ Am 14. Dezember 1918 erschien in der *Roten Fahne* Luxemburgs programmatische Schrift „Was will der Spartakusbund?“ Er endet mit einem Aufruf zur Gewalt: „Auf Proletarier! Zum Kampf! Es gilt eine Welt zu erobern und gegen eine Welt anzukämpfen. In diesem letzten Klassenkampf der Weltgeschichte um die höchsten Ziele der Menschheit gilt dem Feind das Wort: Daumen auf Auge und Knie auf die Brust!“

Genau diese Art revolutionärer Rhetorik hat Hannah Arendt in ihren Analysen „über die Revolution“ kritisiert: „Die Gewaltsamkeit mit der Revolutionen der Neuzeit versuchten, mit der Notwendigkeit nicht nur für wenige, sondern für alle fertigzuwerden, hat nur dazu geführt, daß die Gewalt selbst sich der Notwendigkeit anglich und den politischen Bereich zerstörte – d.h. den einzigen Bereich, in dem Menschen wirklich frei sein können.“ Rosa Luxemburg konnte nicht wissen, was aus dem von ihr gepriesenen Bolschewismus werden würde. Eine „antitotalitäre Denkerin“ aber war sie nun wirklich nicht. Das auf dem Gründungsparteitag der KPD zur Jahreswende 1918/19 verabschiedete Programm der Kommunistischen Partei (Spartakusbund) beruhte im Wesentlichen auf Luxemburgs Schrift „Was will der Spartakusbund“. Das von Rosa Luxemburg mitbeschlossene KPD-Programm enthält folgendes Bekenntnis zur Gewalt und zur Diktatur des Proletariats: „Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen, es zu gebrauchen – zu Kämpfen und Siegen. Eine solche Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volksmasse mit der ganzen politischen Macht für die Aufgaben der Revolution, das ist die Diktatur des Proletariats und deshalb die wahre Demokratie. Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Landproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren: dort, wo die millionenköpfige Proletariermasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schwieligen Faust ergreift, um sie, wie der Gott Thor seinen Hammer, den herrschenden Klassen aufs Haupt zu schmettern: dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist.“

Zum Glück hatten sich die Arbeiter- und Soldatenräte zwei Wochen vor der KPD-Gründung für die parlamentarische Demokratie und gegen die Rätediktatur entschieden. Bei Hannah Arendt ist nachzulesen, warum „die meisten sogenannten Revolutionen es nicht nur nicht zu einer echten Gründung der Freiheit, einer *constitutio libertatis* bringen, sondern nicht einmal imstande sind, den Völkern die ‚Segnungen‘ einer in ihrer Macht ‚beschränkten Regierung‘, also eines Rechtsstaates, zuteilwerden zu lassen“. Rosa Luxemburg und die KPD lehnten aber genau diese Idee des Rechtsstaates als „Volksbetrug“ ab.